

zum ULV-Ausschuss am 20.07.2020, TOP 3

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 10.07.2020

Az.

Zuständig: Brigitte Keller, ☎ 08092-823-211

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

ULV-Ausschuss am 20.07.2020, Ö

Haushalt 2020; Zwischenberichte 2020 aus den Fachbereichen

Sitzungsvorlage 2020/3594

I. Sachverhalt:

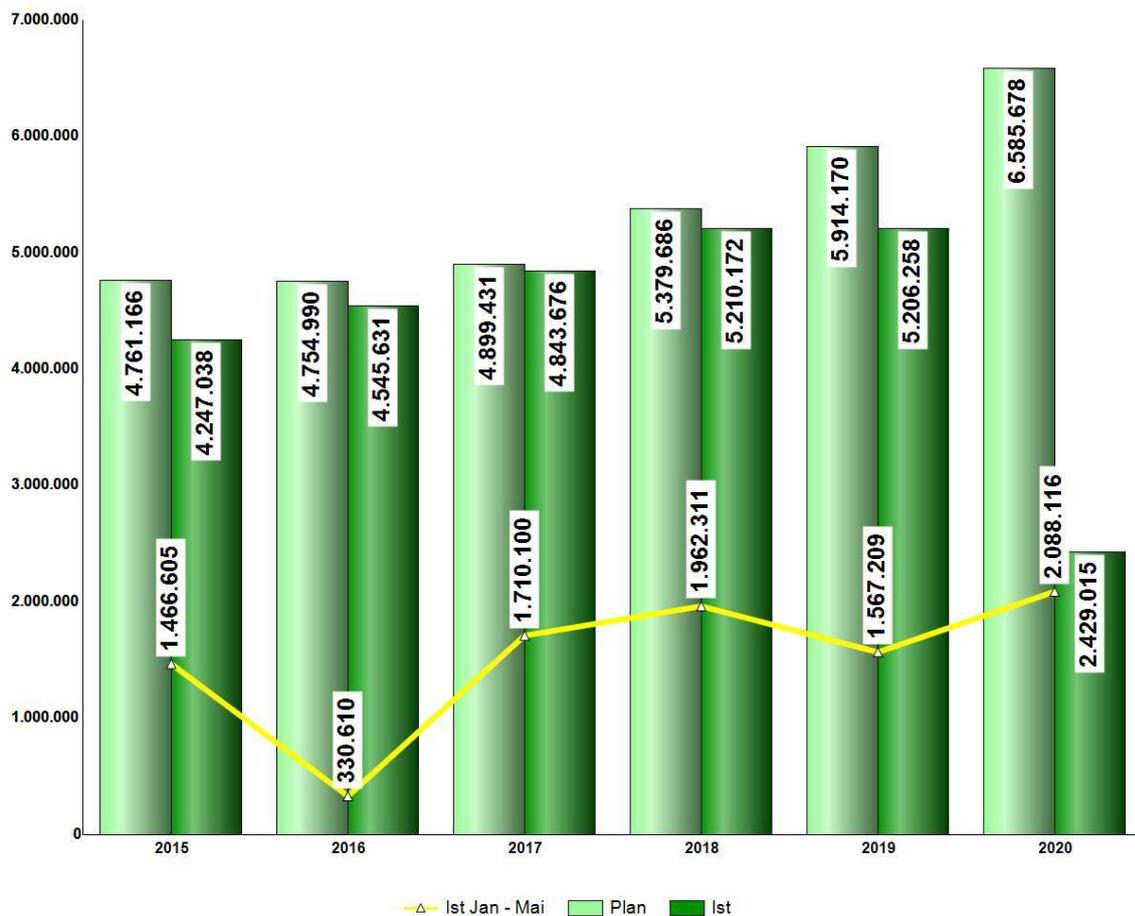
Die Zwischenberichte der Fachausschüsse sind ebenso standardisiert, wie die Budget- und Abschlussberichte, die in den Frühjahressitzungen der Gremien beraten wurden. Sollte es aus der Mitte des Ausschusses Anregungen zur Verbesserung der Transparenz geben, würde sich die AG Politik und Verwaltung damit befassen.

Die Einbeziehung der Fachausschüsse bei der Beratung über die Eckwerte ist nach der Beschlusslage des Kreistages nicht vorgesehen. Die Eckwerteberatungen für den Haushalt 2020 finden im Kreis- und Strategieausschuss am 13.07.2020 und im Kreistag am 27.07.2020 statt. Unabhängig von der Eckwertediskussion erhalten die Fachausschüsse einen Zwischenbericht über den Stand des Haushaltsvollzuges ihrer Fachbereiche.

1. Gesamtüberblick (Cockpit):

1.1 Ergebnisrechnung

Die Gesamtausgaben des ULV-Ausschusses stellen sich wie folgt dar:



Erläuterung zur Grafik:

Die linke Säule zeigt die Planansätze eines Jahres, die rechte Säule, die aufgelaufenen Ist-Werte. Die gelbe Linie markiert den Stand zum 31.05. eines Jahres.

Die lineare Betrachtung der Vergleichsjahre führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2013	12,20%	516.816	3.453.092	81,52%	18,49%
2014	24,26%	1.087.652	3.796.468	84,70%	15,31%
2015	30,80%	1.466.605	4.247.038	89,20%	10,80%
2016	6,95%	330.610	4.545.631	95,60%	4,40%
2017	34,90%	1.710.100	4.843.676	98,86%	1,14%
2018	36,48%	1.962.311	5.210.172	96,85%	3,15%
2019	26,50%	1.567.209	5.206.258	88,03%	11,97%
2020	31,71%	2.088.116	2.429.015	36,88%	63,12%

Der Ausschöpfungsgrad liegt mit rund 32 % zum Stand 31.05.2020 deutlich über dem durchschnittlichen Ausschöpfungsgrad der letzten Jahre. Ursächlich für diese stichtagsbezogene verhältnismäßig hohe Budgetausschöpfung sind u.a. die rückläufigen Einnahmen der Zulassungen, die eng in Verbindung mit der Corona-Lage stehen.

1.2 Investitionen:

Auf eine detaillierte Darstellung der Investitionen wird im Zwischenbericht verzichtet, weil dies zu diesem Zeitpunkt keine Aussagekraft hat. Auch in diesem Jahr werden die veranschlagten Mittel in Höhe rund 5,6 Mio. Euro voraussichtlich nicht ausgeschöpft werden. Zum 31.05.2019 beträgt die Ausschöpfung des Investitionsansatzes rund 495.000 € bzw. 8,8 %.

Insbesondere im Bereich des Straßenbaus rechnet man nach ersten Hochrechnungen mit einer Unterschreitung von bis zu 2,3 Mio. € durch verschobene Maßnahmen.

2. Darstellung der einzelnen Kostenstellen des ULV-Ausschusses

2.1 Die Sachgebiete

	Jan - Mai					Jan - Dez		Prognose
	Ist					Plan		
	2016	2017	2018	2019	2020	2020	Ausschöpfung %	
080 Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement (WR)	122.073	107.277	122.717	164.934	174.627	359.498	48,6%	Unterschreitung -20.000 €
112 ÖPNV/ Fernradwege	507.731	704.128	497.541	345.188	-193.406	1.731.990	-11,2%	Planeinhaltung
113 Schülerbeförderung	-704.591	292.866	273.397	178.753	417.576	921.772	45,3%	Überschreitung +83.000 €
150 Kommunale Abfallwirtschaft Sondervermögen	21	20	-4.198	-2.904	-3.077	-3.961	77,7%	Planeinhaltung
320 KfZ-Zulassungsstelle	-248.928	-257.443	-229.055	-253.858	-41.322	-496.403	8,3%	Überschreitung +101.660 €
325 Führerscheinstelle	3.844	7.840	32.314	11.795	72.768	154.642	47,1%	Planeinhaltung
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	-77.780	4.536	-5.356	20.508	122.200	289.426	42,2%	Planeinhaltung
340 Veterinärwesen und Gesundheit. Verbraucherschutz	-29.034	-75.962	-18.710	-7.564	11.211	68.769	16,3%	Überschreitung +30.000 €
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	36.727	35.668	54.055	78.970	78.140	60.136	129,9%	Planeinhaltung
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterausschuss	61.693	80.764	79.237	105.309	105.360	343.198	30,7%	Überschreitung +7.000 €
420 Bauamt	13.424	-24.612	138.654	-58.088	181.468	386.897	46,9%	Planeinhaltung
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz	64.139	102.796	117.498	100.863	-685	356.822	-0,2%	Unterschreitung -145.949 €

450 Naturschutz, Landschaftspflege	122.656	150.954	184.736	170.268	161.575	552.027	29,3%	Unterschreitung -12.500 €
910 Kreisstraßen und -unterhalt	458.635	581.267	719.481	713.035	1.001.680	1.860.865	53,8%	Überschreitung +402.999 €
SUMME	330.610	1.710.100	1.962.311	1.567.209	2.088.116	6.585.678	31,7%	

Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement (WR) (080):

Aufgrund der aktuellen Corona-Krise finden keine Veranstaltungen statt, so dass die hierfür veranschlagten Mittel nicht ausgeschöpft werden. Zudem kam es 2020 zu einem Stellenwechsel, der zeitverzögert nachbesetzt wird. Die **Einsparungen** für 2020 belaufen sich auf rund **20.000 €**.

Schülerbeförderung (113):

Es wird eine **Planüberschreitung von rund 83.000 €** für das Jahr 2020 prognostiziert. Verantwortlich hierfür sind die niedrigeren pauschalen Zuweisungen, da sowohl die Schülerzahl als auch der Betrag pro Schüler gesunken ist. Die Aufwendungen der Schülerbeförderung werden hingegen zum aktuellen Prognosezeitpunkt eingehalten. Trotz der durch den Schichtbetrieb an Schulen erhöhten Anzahl an eingesetzten Bussen, werden diese Mehraufwendungen durch den wegfallenden Nachmittagsunterricht und die damit reduzierten Busbeförderungen neutralisiert.

KfZ-Zulassungsstelle (320):

Für 2020 ist mit **Erlösausfällen** während der drei „Corona-Monate“ von rund **100.000 €** zu rechnen, die vermutlich in den kommenden Monaten nicht kompensiert werden. Die nachfolgenden Monate werden voraussichtlich unverändert sein. Damit ist anstelle der geplanten Gebühreneinnahmen von 1,3 Mio. € eine Reduzierung auf 1,2 Mio. € zu erwarten.

Veterinärwesen und gesundheitlicher Verbraucherschutz (340):

Die Kostenstelle prognostiziert eine **Überschreitung von 30.000 €**. Hier liegt ein Rückgang der Schlachtzahlen zugrunde.

Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterausschuss (410):

Aufgrund von Stundenerhöhung dreier Mitarbeiter sowie ungeplanten Kosten einer Stellenausschreibung wird 2020 von einer **Überschreitung in Höhe von 7.000 €** ausgegangen.

Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz (440):

Aufgrund von Langzeiterkrankungen dreier Mitarbeiter fallen für das Jahr 2020 die geplanten Personalaufwendungen niedriger aus, so dass die durch die Corona-Krise bedingten Einnahmeausfälle voraussichtlich kompensiert werden können. Aktuell wird mit einer **Planunterschreitung** von **145.949 €** gerechnet.

Naturschutz, Landschaftspflege (450):

Für die mögliche Nutzung von Windenergie im Ebersberger Forst wurden 40.000 € veranschlagt, aufgrund des durchzuführenden Bürgerentscheids werden 20.000 € eingespart. Zudem werden Mittel für die Naturschutzwacht und den Körperschaftswald verringert. Diese Einsparungen werden durch Personalkostensteigerungen sowie ein ornithologisches Gutachten am Speichersee, die Unterstützung des Tierschutzvereins zur Pflege von Igel und einem Bienenhotel – welches evtl. refinanziert werden kann – abgeflacht. Die **Unterschreitung** beläuft sich auf voraussichtlich **12.500 €**.

Kreisstraßen und –unterhalt (910):

Durch den Bayer. Obersten Rechnungshof wurde festgestellt, dass das Staatliche Straßenbauamt Rosenheim den Winterdienst von 2010 bis 2018 nicht korrekt mit dem Landkreis Ebersberg abgerechnet hat. Die Nachforderungen dieses Zeitraums belaufen sich auf 304.746 €. Ein erster Teilbetrag wurde bereits 2019 und der Zweite mit 169.168 € in 2020 beglichen. Aktuell stehen noch 233.831 € aus. In 2020 kommt es daher zu **Überschreitungen** von bis zu **402.999 €**.

Der ULV-Ausschuss bewirtschaftet mit über 120 Produkten fast ein Drittel aller Produkte im Kreishaushalt, die meisten aus dem staatlichen Aufgabenvollzug. Die kosten- bzw. ertragsmäßig größten sowie die relevanten freiwilligen Aufgaben (FL) sind nachfolgend dargestellt.

Die Kostenstelle 080 (Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement) ist ebenfalls eine freiwillige Aufgabe, diese ist in die Produkte Wirtschaftsförderung und Regionalmanagement gegliedert.

Die betragsmäßig höchsten Erträge werden im ULV-Ausschuss aus Baugenehmigungsverfahren sowie Kfz-Zulassungen erzielt. Hierbei handelt es sich um rein staatliche Aufgaben, die Gebühreneinnahmen hieraus werden als überlassenes Kostenaufkommen beim Landkreis vereinnahmt und haben entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des ULV-Teilbudgets.

	Jan – Mai				
	Ist				
	2016	2017	2018	2019	2020
080 Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement (WR)	122.073	107.277	122.717	164.934	174.627
1131-1134 Schülerbeförderung	-733.747	262.408	239.981	131.752	369.137
1123 MVV Busverkehr im Landkreis (ÖPNV)	488.075	685.414	477.166	324.511	-215.188
4217/4218 Baugenehmigungsverfahren	-245.595	-287.914	-177.962	-417.006	-246.489
4236 Geoinformationssystem (FL)	33.356	32.208	33.706	41.615	32.180
3211 Kfz-Zulassungen	-345.845	-337.967	-339.771	-354.528	-234.613
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	36.727	35.668	54.055	78.970	78.140

Die Einnahmen aus Baugenehmigungsverfahren (vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren und Sonderbauten) liegen mit rund 246.500 € deutlich unter dem Rekordwert aus 2019. Allerdings ist der in den ersten fünf Monaten abgebildete Betrag wieder mit den anderen Vorjahren vergleichbar und eine Planeinhaltung wird prognostiziert.

Um im Hinblick auf den mit dem Shut-Down einhergehenden vorübergehenden Stillstand in der Sachbearbeitung wirksam begegnen zu können, wurde die Umstellung der Sachbearbeitung im Kerngeschäft auf eine virtuelle Aktenführung dem laufenden Projekt zur Einführung eines digitalen Baugenehmigungsverfahrens vorweggenommen. Dies bedeutet, dass seit dem 01.04.2020 sämtliche eingehende Bauanträge eingescannt und nur mehr in virtueller Form bearbeitet werden. Dadurch konnte ein völliger Bearbeitungs-Crash in den letzten Monaten zumindest teilweise verhindert bzw. abgemildert werden.

Kommunale Abfallwirtschaft

Seit 1.1.2008 wird die Kommunale Abfallwirtschaft nicht mehr als Sondervermögen geführt, sondern in den Kreishaushalt als kostenrechnende Einrichtung eingegliedert.

Eine kostenrechnende Einrichtung wird durch Gebühren finanziert und hat keine Auswirkungen auf die Kreisumlage, sie wird deshalb immer separat dargestellt.

Die Erhöhung der Umweltrückstellung der Kommunalen Abfallwirtschaft verursacht 2020 eine **Steigerung von 1.341.335 €**, welche aber künftig nicht den Steuerzahler, sondern den Gebührenzahler belasten. Gleichwohl belastet die Bildung dieser Rückstellung 2020 das Ergebnis beim Landkreis und wird in künftigen Jahren zu deutlich erhöhten Müllgebühren führen.

Darstellung der Kostenträger:

	Jan – Mai					Prognose
	Ist					
	2016	2017	2018	2019	2020	
7280 KAW: Duales System (ohne PPK)	27.554	121.331	-20.767	0	-28.785	Planeinhaltung
7281 KAW: PPK (kommunal und dual)	846.210	174.096	120.706	50.646	23.233	Planüberschreitung + 52.750
7282 KAW: Metallschrott/ Alteisen	57.753	35.925	-26.879	78.616	61.838	Planüberschreitung + 11.500
7283 KAW: Problemabfall	22.068	33.525	25.831	25.748	15.041	Planeinhaltung
7284 KAW: Gartenabfall (Grüngut)	-577.826	-591.676	250.729	-586.476	-646.593	Planeinhaltung
7285 KAW: Bioabfall/ Kompost	238.449	254.698	263.699	270.439	295.209	Planeinhaltung
7286 KAW: Asbest	20.946	-304	265	315	4.047	Planeinhaltung
7287 KAW: Elektronikschrott (Elektroaltgeräte)	-4.168	-24.343	-9.993	12.668	1.467	Planeinhaltung
7288 KAW: Baurestmassen (Bauschutt)	-26.309	-27.495	5.971	-29.292	-25.642	Planeinhaltung
7289 KAW: Restmüll/ Sperrmüll (Selbstanlieferer)	-103.483	-141.128	-122.437	-137.599	-131.785	Planeinhaltung
7290 KAW: Deponienachsorge	-40.399	25.851	25.849	36.656	15.093	Planeinhaltung
7291 KAW: Entsorgungsumlage	-978.707	-1.062.598	-977.747	-248.484	-244.992	Planeinhaltung

7292 KAW: Kunststofffassung	-8.907	-7.539	4.119	-11.279	-11.817	Planeinhaltung
7293 KAW: Altdeponien/ Altlasten	3.803	6.352	4.148	0	0	Planeinhaltung
7294 KAW: Künstliche Mineralfasern (KMF)		4.009	2.305	4.039	2.220	Planüberschreitung + 13.500

Es wird für 2020 mit einer **Überschreitung** des Planansatzes von rund **77.750 €** gerechnet. Die tatsächliche Entwicklung der Kostenträger ist allerdings sehr stark mengenabhängig. Das Jahresergebnis der Kommunalen Abfallwirtschaft wird zum Jahresabschluss durch eine Erhöhung bzw. Reduzierung der Gebührenaussgleichsrücklage ausgeglichen.

Bewertung Finanzmanagement im Hinblick auf das Jahresergebnis der KAW:

Als kostenrechnende Einrichtung hat dieser Bereich keine Auswirkungen auf die Kreisumlage, wohl aber auf die Gebührengestaltung. Die Schwerpunkte des zentralen Controllings liegen in diesem Bereich auf den Liquiditätseinsatz sowie der Bildung und Auflösung der zweckgebundenen Rücklagen.

Das Ergebnis wird die Gebührenaussgleichsrücklage, die derzeit bei 868.808 € (Stand 01.07.2020) liegt, entweder erhöhen oder reduzieren. Auswirkungen auf die Kreisumlage sind nicht gegeben.

Im Übrigen verfügt die Abfallwirtschaft über eine Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorgeverpflichtungen in Höhe von 5,7 Mio. € (Stand: 31.12.2019).

Bewertung Finanzmanagement im Hinblick auf das Jahresergebnis des ULV-Ausschusses:

Durch die Sachgebiete wird eine Überschreitung von rund 446.000 € prognostiziert, hinzu kommt noch die Erhöhung der Umweltrückstellung mit 1,34 Mio. € und die Münchenezulage mit 340.600 €. Somit wird mit einer **Gesamtüberschreitung von 2.128.000 €** gerechnet. Insbesondere die Entwicklung des überlassenen Kostenaufkommens ist nur sehr schwer plan- und steuerbar.

Die Erhöhung der Umweltrückstellung der Kommunalen Abfallwirtschaft verursacht 2020 eine Steigerung von 1,34 Mio. €, welche aber nicht den Steuerzahler, sondern den Gebührenzahler belastet.

Es wurde ein Prüfauftrag erteilt, die Erhöhung der Umweltrückstellung auf mehrere Jahre zu verteilen, um die Belastung des Kreishaushalts 2020 zu reduzieren.

Auswirkung auf Haushalt:

Derzeit geht das Finanzmanagement von einer **Planüberschreitung von 2.128.000 €** aus. Dies wird voraussichtlich den Ergebnisüberschuss, der im Jahr 2020 mit 8,2 Mio. € veranschlagt ist, reduzieren.

II. Beschlussvorschlag:

Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

keiner, diese Vorlage dient der Information der Kreisräte; ein Beschluss ist nicht notwendig. Im nächsten Jahr wird dem ULV-Ausschuss in dieser Form wieder berichtet.

gez.

Brigitte Keller